

27. November 2004

Weg mit der steuerlichen Benachteiligung der Mieterinnen und Mieter!

Die Mieterinnen und Mieter sollen bei gleichem Einkommen und Vermögen sowie bei gleicher familiärer Situation gleich viel Steuern bezahlen wie Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer. Um die stossende steuerliche Ungleichbehandlung der Mieterinnen und Mieter gegenüber den Wohneigentümern aufzuheben, fordern die Delegierten des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands an ihrer Konferenz vom 27. November in Zürich den vollständigen Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung und lehnen die Einführung des Bausparens durch die Kantone ab.

Zur Aufhebung der stossenden Ungleichbehandlung der Mieterinnen und Mieter fordert der MV in einer Resolution den vollständigen Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung, der die Abzugsmöglichkeiten für Hypothekarzinsen und Unterhaltskosten sowie die Besteuerung des Eigenmietwerts abschafft. Mit dieser Massnahme, wie sie auch eine Motion der SP-Fraktion und eine Parlamentarischen Initiative von Ruedi Aeschbacher EVP verlangt, wird nicht nur die Steuergerechtigkeit hergestellt, sondern eine klare Vereinfachung erreicht: Die politischen Auseinandersetzungen in den Kantonen über die Höhe des Eigenmietwertes und der Abzugsfähigkeit von Unterhaltskosten wird beendet. Der grosse administrative Aufwand der Steuerbehörden fällt weg.

Der MV lehnt Bausparabzüge bei den Steuern ab, wie sie eine kürzlich eingereichte Parlamentarische Initiative der FDP, der SVP sowie eine Standesinitiative des Kantons Baselland für die Kantone fordert. Die Schweizer Bevölkerung hat bei der Abstimmung über das Steuerpaket klar gegen diese Bevorzugung von Begüterten gestimmt, die sich dieses Bausparen leisten können. Denn Bausparabzüge kommen wiederum am meisten den Bestverdienenden zu Gute. Das Wohneigentum wird heute bereits via zweite und dritte Säule massiv gefördert.

Heute können WohneigentümerInnen in der Steuerrechnung von verschiedenen Abzugsmöglichkeiten profitieren, so dass sie gegenüber den Mietenden bis zu mehreren Tausend Franken weniger Steuern bezahlen. Diese Art der Förderung des Wohneigentums ist weder effizient noch zielgenau: Langjährige, gutverdienende Eigentümer profitieren davon am meisten, obwohl sie es am wenigsten benötigen. Eine breitere Streuung des Wohneigentums für Betroffene mit mittleren bis niedrigeren Einkommen wird dagegen nicht erreicht.

Ein wirksames Mittel für die breitere Streuung des Wohneigentums ist das Vorkaufsrecht für Mieterinnen und Mieter. Die Einführung verlangt Margret Kiener Nellen im Nationalrat mit einer Parlamentarischen Initiative. Der MV fordert Bundesrat und Parlament auf, die nötigen Schritte für die Einführung des Vorkaufsrechtes für Mieterinnen und Mieter rasch einzuleiten, statt Steuergeschenke für finanziell Gutsituierte auszuschütten.

Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband
Deutschschweiz